

15) Ebenda, S. 86.

16) Auf Seite 77 beruft sich Bubner in diesem Zusammenhang auf M. M. Rosentals Buch "Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx" (Berlin 1960). In Wirklichkeit argumentiert diese wertvolle Arbeit in keinem Falle für eine Reduktion der Kategorie "Gegenstand" auf die Kategorie "Verhältnis", sondern völlig begründet für eine prozessuale Auffassung der Gegenstände, Eigenschaften und Beziehungen gegen metaphysisch-fixe Anschauungen.

Übersetzer: Kerstin Nissen

ZUR OBJEKTIVEN DETERMINATION DER WISSENSCHAFTSENTWICKLUNG - DIE GESCHICHTE DER POLITISCHEN ÖKONOMIE ALS BEISPIEL

PETER THAL

In den letzten Jahren haben das Nachdenken und die Diskussion über die Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung der Wissenschaften an Umfang und Intensität zugenommen. Ein besonderes Verdienst gebührt hierfür den Vertretern der Wissenschaftstheorie.

Bei dem Versuch, das Wesen der Wissenschaft zu erforschen, wird zwangsläufig das Problem der historischen Dimension jedes wissenschaftlichen Arbeitens ins Blickfeld gerückt, und zwar unabhängig davon, ob man nun Wissenschaft als Komplex besonderer Tätigkeitsausübung oder als Feld der geistigen Produktion oder als Erkenntnisgewinnungs- und Wissensaneignungsprozeß oder als Einheit von theoretischer und praktischer Wirklichkeitsbewältigung interpretiert.

Ihre Herkunft von der Philosophie zu Recht nicht verleugnend strebt die Wissenschaftstheorie danach, auf einer ihrem Gegenstand - "der(n) Wissenschaft(en)" - angemessenen Abstraktionsstufe zur Formulierung von allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Wissenschaftsentwicklung zu gelangen. Gleichfalls zu Recht wird bezweifelt, ob sich dieses Ziel allein anhand wissenschaftshistorischer Fallstudien erreichen läßt, zumal auf diesem Gebiet zuweilen das deskriptive Moment überwiegt und der Ertrag derartiger Untersuchungen für die Theorie der Wissenschaftsentwicklung noch der weiteren Erörterung bedarf. Demgegenüber weist die bewußte Anwendung der allgemeingültigen Erkenntnisse des dialektischen und historischen Materialismus auch auf die Wissenschaftsgeschichte (bzw. die Geschichte der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen) den unbedingten Vorzug auf, das Erfassen des Wesentlichen überhaupt erst zu gestatten.

So ist es unter marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern kein Streitpunkt, daß die Entwicklung der Wissenschaften prinzipiell sozialökonomisch determiniert ist. Und wenn wir danach trachten, die produktive Funktion der Wissenschaft für die Erschließung gesellschaftlicher Entwicklungs-

möglichkeiten auch aus ihrer Geschichte heraus zu verdeutlichen, also beispielsweise das besonders zu betonen, was aus der Erfahrung heraus aktueller politischer Beeinflussung zugänglich ist, dann schließt dies notwendigerweise die Berücksichtigung der materiell-objektiven Prägung der Wissenschaft in sich ein.

Wie gesagt, dies alles ist vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus unstrittig. Doch sollte dabei nicht übersehen werden, daß die Akzeptierung des sozusagen Selbstverständlichen und die Konzentration auf "moderne" Fragestellungen auch dazu verführen können, die Tragweite des historisch-materialistischen Konzepts für akute wissenschaftstheoretische und -historische Diskussionen nicht umfassend genug zu verdeutlichen.

Angesichts der teils verwirrenden Vielfalt an Vorschlägen, wie sich die Wissenschaftsentwicklung am besten theoretisch erfassen läßt, scheint es nicht überflüssig zu sein, gewissermaßen Erprobtes in Erinnerung zu rufen. Die folgenden skizzenhaften Überlegungen beruhen auf Erfahrungen der wissenschaftshistorischen Arbeit auf dem Gebiet der politischen Ökonomie. Ihre erneute Darstellung soll als Beitrag zur wissenschaftstheoretischen Diskussion verstanden werden, in deren Rahmen das Feld der politischen Ökonomie und ihrer Geschichte bisher etwas unterbelichtet geblieben sein dürfte.

Was hat nun die Geschichte der politischen Ökonomie an Material zu liefern, das unsere Kenntnis darüber vertiefen kann, wie die Wissenschaftsentwicklung geprägt wird? Zunächst sollten wir uns der Tatsache bewußt bleiben, daß es gerade die Geschichte der politischen Ökonomie ist, bei der uns die Klassiker des Marxismus-Leninismus selbst sehr viele Studien und Schriften hinterlassen haben, anhand derer wir ihre Arbeitsmethode beim Umgang mit der Wissenschaftsgeschichte nachvollziehen können. Nicht zuletzt hierin finden die neue MEGA sowie die verdienstvollen Forschungsergebnisse Wolfgang Jahns und seines Kollektivs zur Edition ökonomischer Schriften von Karl Marx ihren aktuellen Bedeutungsgehalt.

Marx hat bekanntlich im 4. Band des "Kapitals", in den "Theorien über den Mehrwert", gestützt auf immense wissenschaftshistorische Studien faktisch selbst eine Wissenschaftsgeschichte der

politischen Ökonomie vorgelegt. Neben ihren überaus wertvollen inhaltlichen Aussagen demonstriert sie beispielgebend das materialistisch-dialektische Herangehen an den historischen Erkenntnisprozeß, an die ihn fördernden oder hemmenden objektiven, aber auch subjektiven Einflüsse, an seine Prägung durch externe und interne Faktoren.

In dem Bestreben, die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus bei wissenschaftsgeschichtlichen (und theoretischen) Untersuchungen entwickelte Methode anzuwenden, ist in der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie der Geschichte als unverzichtbarem Bestandteil der Theorie selbst stets eine bestimmte Aufmerksamkeit als Erkenntnisquelle gewidmet worden.

Die Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie vor Marx, die dialektischen Beziehungen zwischen klassischer bürgerlicher und proletarischer politischer Ökonomie, der Verfall der bürgerlichen Ökonomie zur vulgären Apologetik, der Kampf zwischen bürgerlicher und marxistisch-leninistischer politischer Ökonomie unter den Bedingungen der Klassenauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus, die Krise der bürgerlichen politischen Ökonomie in der Gegenwart, die Weiterentwicklung der Wissenschaft der politischen Ökonomie durch den Marxismus-Leninismus - das alles ist relativ gut, wenngleich bei weitem noch nicht erschöpfend und in allen Teilgebieten mit derselben wissenschaftlichen Qualität erforscht worden.

Die erreichten Resultate lassen durchaus Schlußfolgerungen für die Beantwortung der Frage zu, welche Faktoren die Wissenschaftsentwicklung der politischen Ökonomie determiniert haben und weiter determinieren. Daß damit wiederum die Suche nach verallgemeinerten Aussagen zu den Gesetzen der Geschichte der Wissenschaft befruchtet werden kann, liegt auf der Hand. Sicher werden dabei die Berührungspunkte zur Geschichte anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen enger als zu den Naturwissenschaften sein. Doch die zweifellos existente Spezifik letzterer sollte die allgemeine Bedeutung dessen, was für die politische Ökonomie relevant war und ist, nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Aus den Darlegungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus gehen

m.E. drei hauptsächlichste Momente oder Faktoren hervor, die in wechselseitiger Abhängigkeit und Bedingtheit die Geschichte der politischen Ökonomie ursächlich prägen.

1. Reifegrad der herrschenden Produktionsverhältnisse: Als "Wissenschaft von den Gesetzen, die Produktion und Austausch des materiellen Lebensunterhalts in der menschlichen Gesellschaft bestimmen" (Engels), behandelt die politische Ökonomie einen sich historisch verändernden Gegenstand. Dies klingt zunächst wie eine belanglose Selbstverständlichkeit. Doch für wissenschaftshistorische Untersuchungen erweist sich dieser Sachverhalt als außerordentlich bedeutsam. Seine methodische Beachtung und Anwendung im Konkreten werfen viele Probleme auf.

Wissenschaftliche Erkenntnis ökonomischer Gesetze ist immer Resultat von in der Realität vor sich gehender objektiver Prozesse. Damit ist in einem ganz trivialen Sinn gemeint, daß man zum Beispiel von der politischen Ökonomie nicht gut die Aufdeckung des Krisengesetzes erwarten kann, bevor sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht so weit entwickelt hatten, daß zyklische Überproduktionskrisen zu einer typischen Erscheinung geworden waren. Die Reihe derartiger Beispiele ließe sich beliebig verlängern.

Das gesellschaftliche Bewußtsein über die herrschenden Produktionsverhältnisse, ihre inneren Widersprüche und Gesetzmäßigkeiten, wie es von der politischen Ökonomie erzeugt wird, ist Reflex der existenten Realität und der in ihr angelegten Entwicklungstendenzen. Insofern kann es sich nicht von dieser Realität lösen, was bei der Beurteilung einer wissenschaftlichen Leistung der politischen Ökonomie in ihrer geschichtlichen Bedingtheit stets zu beachten ist.

Natürlich ist wissenschaftliches Denken imstande, die Zukunft in Gestalt von Hypothesen oder mittels des Nachweises historischer Gesetzmäßigkeiten vorwegzunehmen und über die Beeinflussung des Klassenbewußtseins das gesellschaftliche Handeln zu befruchten. Doch ihre letztliche Bestätigung erhalten solche wissenschaftlichen Aussagen über die Zukunft durch das Kriterium der Praxis. Erst hier erweist sich, ob bzw. inwieweit die Vorausschau auf einer richtigen Verallgemeinerung

der in der Realität verankerten typischen Trends beruht. Der Reifegrad der Produktionsverhältnisse ist also auch in diesem Fall Voraussetzung für wissenschaftliche Zukunftserkenntnis und deren Wahrheitsgehalt.

Die politische Ökonomie ebenso wie andere Gesellschaftswissenschaften hängen in ihrem Erkenntnisniveau und ihren Einflußmöglichkeiten auf die Praxis prinzipiell vom Reifegrad der sozialökonomischen Verhältnisse und den in diesen objektiv angelegten Tendenzen zur evolutionären und revolutionären Veränderung ab.

2. Klassenkampfssituation und soziale Interessenkonstellation: In der politischen Ökonomie wirken die sozialen Interessen der in einer Gesellschaft existenten Klassen und Schichten direkt und indirekt auf den Erkenntnisprozeß selbst und vor allem auf den Prozeß der Überführung der erzielten Resultate in das gesellschaftliche Bewußtsein ein, was in wissenschaftstheoretischen Diskussionen neuerdings auch mit dem Begriff "Finalisierung der Wissenschaft" umschrieben wird. Die Geschichte der politischen Ökonomie kennt ungezählte Fälle, wo wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt aus selbstsüchtigen Motiven der herrschenden Kapitalistenklasse an der Ausbreitung behindert und aus dem gleichen Grund heraus eindeutig falsche Theorien breit popularisiert worden sind.

Parteilichkeit ist ein unverzichtbares Attribut jeder Gesellschaftswissenschaft. Die Frage, die sich daran anschließt, lautet: Ermöglicht die Parteinahme für bzw. die objektive Gebundenheit an bestimmte soziale Interessen das Voranschreiten wissenschaftlicher Erkenntnis oder nicht?

So zwingen beispielsweise "die Furien des Privatinteresses" (Marx) dazu, den Tatbestand der Ausbeutung theoretisch zu leugnen oder zumindest ein solches System ökonomischer Theorien zu konstruieren, daß er durch die Art und Weise des Herangehens an die wirtschaftliche Realität aus dem Untersuchungsbereich faktisch ausgeklammert bleibt.

Umgekehrt liegen die Dinge im Falle der Arbeiterklasse. Sie ist infolge ihrer Lage im Kapitalismus an der Aufdeckung des vergänglichen Charakters dieser Produktionsweise zutiefst

interessiert und erst auf Grund dessen wird in der politischen Ökonomie der Fortschritt hin zur bewußten Handhabung der historisch-dialektischen Erkenntnismethode möglich.

In Übereinstimmung mit dem Reifegrad der Produktionsverhältnisse prägt sich auch die Klassenkampfsituation aus. In der Frühphase kapitalistischer Entwicklung überwiegt der soziale Gegensatz zwischen Bourgeoisie (als führender Kraft des "Dritten Standes") und Adel. Der Klassenkampf zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern befindet sich in seinem latenten, durch mannigfache Sonderumstände beeinflussten Stadium. Hier ist bürgerliche Parteilichkeit (noch) gleichbedeutend mit Beförderung des gesellschaftlichen Fortschritts und gestattet wissenschaftliche Erkenntnisse auch in der Gesellschaftswissenschaft politische Ökonomie. Die Bourgeoisie ist an der Aufdeckung und Bewußtmachung des Wesens ihrer Ordnung interessiert.

Das ändert sich mit und nach der industriellen Revolution. Das Proletariat entwickelt sich zur Klasse im eigentlichen Wortsinn, löst sich ideologisch aus dem Schlepptau von Bourgeoisie und Kleinbürgertum und schafft sich seine eigenen Organisationen. Der Klassenkampf nimmt organisierte Formen an. Die Bourgeoisie verliert ihre Unbefangenheit in der Vertretung ihrer Klasseninteressen. Bürgerliche Parteilichkeit bedingt nunmehr (bis auf den heutigen Tag) apologetische und vulgäre Konstruktionen in der politischen Ökonomie.

Der wissenschaftliche Fortschritt bedarf nunmehr der Parteilichkeit für die Durchsetzung der historischen Mission des Proletariats und für den Sozialismus.

3. Relative Eigengesetzlichkeit der Wissenschaftsentwicklung:

Die Dominanz der Faktoren Nr. 1 und 2 in ihrem Einfluß auf den politökonomischen Erkenntnisprozeß ergibt sich daraus, daß sie die objektiven Erkenntnismöglichkeiten und die prinzipiellen Wirkungsbedingungen für die Ergebnisse wissenschaftlichen Forschens abstecken. Doch dies zu betonen, macht keineswegs die Untersuchung jener Momente überflüssig, die die Geschichte der politischen Ökonomie aus wissenschaftsinterner Sicht markieren.

Die marxistisch-leninistische Wissenschaftsauffassung geht von einer grundsätzlich aufsteigenden menschlichen Erkenntnis aus. Wissenschaft erschöpft sich nicht im Formalen, obwohl Systematik und logische Geschlossenheit für die Wissenschaft natürlich unverzichtbar sind. Man braucht nicht Anhänger einer primitiven Auffassung undialektischer Aufhäufung von Wissen zu sein, wenn man am Wissenschaftsfortschritt im Sinne einer tieferen, umfassenderen Aufdeckung des Wesens der Erscheinung, im Sinne einer besseren Erkenntnis der Wahrheit als notwendigem Bestandteil der historischen Wissenschaftsentwicklung festhält.

Die Geschichte der politischen Ökonomie zeigt, daß erst vor diesem Hintergrund die relative wissenschaftliche Eigenbewegung Ziel und Richtung erhält. Außerlich handelt es sich darum, daß jede getroffene theoretische Aussage zu einem bestimmten Sachverhalt von Zeitgenossen im Meinungsstreit und von Nachfolgern durch die Verarbeitung des Erbes geprüft wird, ob sie mit früheren oder überhaupt anderen Aussagen zum gleichen Thema übereinstimmt oder diesen widerspricht und ob sie sich logisch in das vorgefundene oder zu entwickelnde Gesamtsystem einfügt. Ungelöste theoretische Widersprüche sind für den Forscher eine wichtige subjektive Herausforderung.

Insofern sind der aktuelle Meinungsstreit ebenso wie die historisch angelegte Analyse von überragender Bedeutung für die Beseitigung von Unvollkommenheiten - zunächst vornehmlich logischer Natur - im theoretischen Denken. Das erreichte Ausmaß an logischer Konsistenz eines Komplexes ökonomischer Aussagen ist durchaus ein Zeichen für deren wissenschaftliche Reife. Man kann auch ohne weiteres in der Beseitigung von Widersprüchen logischer Art innerhalb eines wissenschaftlichen Systems ein wichtiges Element wissenschaftlichen Fortschritts erblicken.

Allerdings ist dieses Element allein nicht hinreichend, um fortschreitende wissenschaftliche Erkenntnis festzustellen, da Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung der theoretischen Prämissen und der inhaltlichen Aussagen mit der Praxis und damit die Frage nach deren Wahrheitsgehalt ausgeklammert

bleiben. Die Beantwortung dieser Frage ist jedoch für die Beurteilung des erreichten Standes wissenschaftlicher Erkenntnis unverzichtbar. Außerdem ist zu fragen, warum bestimmte logische Widersprüche nicht gelöst oder bestimmte Nichtübereinstimmungen mit der Realität nicht überwunden werden, was nicht nur aus der Wissenschaft selbst heraus zu erklären ist, sondern wieder unseren zweiten Verursachungskomplex der Wissenschaftsentwicklung, die Klassenkampfsituation berührt.

Der Wissenschaftsbegriff, den sich der Positivismus macht und dem viele bürgerliche Theoretiker zuneigen, bekennt sich ausdrücklich zur Abstinenz von Fortschritt und Wahrheit. Davon ausgehend reduziert man Wissenschaftlichkeit auf formale Momente und weigert sich, in der Wissenschaftsgeschichte einen aufsteigenden Prozeß zu sehen.

An die Stelle der Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität in der Geschichte wissenschaftlicher Erkenntnis vom Niederen zum Höheren wird der mehr oder weniger absolute Bruch mit der Tradition (Paradigmenwechsel) gesetzt. Legt man diesen Maßstab an, so erscheint beispielsweise die Revolution, die Marx und Engels in der Geschichte der politischen Ökonomie tatsächlich vollzogen haben, in einer sehr verkürzten Sichtweite, nämlich so, als ob sie etwas anderes an die Stelle der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie gesetzt hätten, wogegen das Problem des wissenschaftlichen Fortschritts, der hier auf proletarischer Klassenbasis in Wirklichkeit erreicht worden ist, völlig ausgeklammert bliebe.

Natürlich ist es richtig, davon zu sprechen, daß die klassische bürgerliche politische Ökonomie zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt ihr Erkenntnisreservoir erschöpft hatte und daß eine Reihe von Wissenschaftlern den Ergebnissen der klassischen Schule den Rücken zuzukehren begann. Theoretisch scheiterte diese schließlich an den beiden bekannten Problemen: der theoretisch einwandfreien Klärung des Austausches zwischen Kapital und Arbeit sowie der Realisierung gleichgroßer Profite auf gleichgroße Kapitale auf der Basis des von ihr entwickelten Gesetzes des Arbeitswertes.

Diese theoretischen Grenzen konnten im Rahmen der bürgerlichen Klassenschranken, die sich zugleich als bürgerliche Erkenntnis-schranken erwiesen, nicht mehr gesprengt werden. Daher die Auflösung der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie; daher die Abkehr von der Arbeitswerttheorie und ihre Ersetzung durch die Produktionsfaktorentheorie sowie seichtes Gerede über Angebot und Nachfrage; daher schließlich die grenznutzlerische Wert-erklärung. Dies alles ist nicht nur aus der wissenschaftsinnigen Entwicklung heraus zu erfassen. Hier spielen die sozialen Interessen der herrschenden Bourgeoisie die ausschlaggebende Rolle, warum es zu einem Bruch mit der Arbeitswerttheorie kommt, warum - wenn man so will - ein Paradigmenwechsel von der klassischen zur vulgären bürgerlichen politischen Ökonomie vollzogen wird.

Demgegenüber ist die wissenschaftshistorische Leistung von Marx und Engels nur richtig zu begreifen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie an den theoretisch reifsten und wertvollsten Erkenntnissen der bürgerlichen Klassiker angeknüpft haben, diese weiterentwickelten und somit deren Begrenztheit überwandern, also im dialektischen Sinne bewahrten, indem und weil sie sich auf den sozialen Standpunkt der Arbeiterklasse stellten. Bei diesem wissenschaftshistorischen Vorgang geht es also nicht nur schlecht-hin um eine andere Methode, die "Rätsel der Wirtschaft" zu lösen, sondern um eine entscheidende Höherentwicklung der Forschungsmethode. Zum anderen aber - und mit der Methode des dialektischen und historischen Materialismus auf das engste verbunden - handelt es sich um den Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis des Wesens der kapitalistischen Produktionsweise selbst.

Wenn wir von wissenschaftlichem Fortschritt sprechen, so schließt dies begrifflich die Fortsetzung eines begonnenen geschichtlichen Prozesses des Erkennens von bisher Unbekanntem und somit durchaus ein Moment der wissenschaftshistorischen Kontinuität zwischen klassischer bürgerlicher und marxistischer proletarischer politischer Ökonomie in sich ein. Dieses kontinuierliche Moment gehört ebenso zur Charakterisierung der realen Wissenschaftsgeschichte wie die Diskontinuität im Hinblick auf Klassenstandpunkt, Methode und Reife des wissenschaftlichen Resultats.

tats. Anderenfalls wäre eigentlich nicht einzusehen, warum wir mit Lenin von der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie als einer der drei Quellen und Bestandteile des Marxismus sprechen.

Was hier am Beispiel der wissenschaftshistorischen Beziehungen zwischen der vormarxistischen und der politischen Ökonomie von Marx und Engels zur Erfassung der die Wissenschaftsgeschichte prägenden Momente angedeutet worden ist, sollte speziell die Relativität des oben angeführten dritten Faktors unterstreichen.

So wie es die Methodik des historischen Materialismus schon bei den Klassikern des Marxismus-Leninismus zeigt, gebührt den objektiven gesellschaftlichen Einflußfaktoren auf die Wissenschaftsentwicklung, insbesondere den Produktionsverhältnissen und den sozialen Interessen, das Primat bei wissenschaftshistorischen Analysen. Erst vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach den innerhalb einer Wissenschaft vorhandenen Bedingungen, die die Ablösung und Überwindung veralteter Theorien begünstigen oder gar hervorrufen, eine des Untersuchens wertere Relevanz. Dabei darf keineswegs das Problem der Wahrheit und des Erkenntnisfortschritts ausgeklammert werden, denn erst hierdurch erhält Wissenschaftsgeschichte eigentlich ihren Sinn.

Es muß einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben, diese Gedanken in einer expliziten Auseinandersetzung mit der Literatur näher zu erläutern und weiter zu entwickeln.

ZUM VERHÄLTNISS VON OBJEKTIVEN ÖKONOMISCHEN GESETZEN UND BEWUßTER MENSCHLICHER TÄTIGKEIT IM SOZIALISMUS

ROLF BAUERMANN/ DIETRICH NOSKE

Mit der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wachsen auch die Anforderungen an die theoretische Arbeit der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftler. Dabei besteht ein wesentliches Problem darin, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus tiefer zu erkennen, ihren Wirkungsmechanismus besser zu erfassen und so einen Beitrag zu ihrer praktischen Durchsetzung zu leisten. Damit sind auch eine Reihe philosophischer Probleme aufgeworfen, die von marxistisch-leninistischen Ökonomen und Philosophen seit längerer Zeit verstärkt diskutiert worden sind. ¹⁾

In dieser Diskussion wurden solche Fragen aufgeworfen, wie:

- Können sich ökonomische Gesetze im Sozialismus spontan durchsetzen?
- Ist die bewußte Durchsetzung ökonomischer Gesetze im Sozialismus für ihre Wirkung notwendig oder verbessert sie nur ihre Wirkungsbedingungen?
- Verstößt die Auffassung, daß die bewußte Tätigkeit der Menschen notwendige Bedingung für das Wirken ökonomischer Gesetze im Sozialismus ist, gegen die Anerkennung der Objektivität ökonomischer Gesetze?

Wir wollen im folgenden unsere Meinung zu zwei Fragen darlegen:

1. Setzen sich ökonomische Gesetze im Sozialismus spontan durch?
2. Ist der subjektive Faktor eine notwendige Bedingung für das Wirken objektiver ökonomischer Gesetze im Sozialismus?

Die Beantwortung dieser Fragen setzt die Darlegung unserer Position zur Bestimmung der Kategorien Spontaneität und Bewußtheit sowie zur Frage des Wirkens ökonomischer Gesetze überhaupt voraus.

Wie in allen anderen Problemen der marxistisch-leninistischen Theorie ist es auch hierbei notwendig, von den Klassikern des Marxismus-Leninismus auszugehen.

Beim Problem der Durchsetzung ökonomischer Gesetze sind zwei